

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	45
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	28.10.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Kohlmeyer, Herr Wipfler (beide S/OB Klimaschutz)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Bürgerrat Klima - anstehende Beschlüsse - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Kohlmeyer (S/OB Klimaschutz) betont, für die Einberufung eines "Bürgerrats Klima" habe eine sehr breite Mehrheit bestanden. Zahlreiche für den Bürgerrat relevante Themen seien bereits bekannt. Für den "Bürgerrat Klima" werde noch eine Vorlage erstellt, die der Gemeinderat noch in diesem Jahr erhalten solle. Die vom Gemeinderat genehmigte Personalstelle sei zu Beginn des Jahres ausgeschrieben und zum Mai mit Herrn Wipfler besetzt worden. Herr Wipfler sei Geograph, Philosoph und Beteiligungsforscher und zuletzt in der Bürgerbeteiligung in Filderstadt tätig gewesen. Ebenso habe er auf Bundesebene Bürgerräte im zivilgesellschaftlichen und im wissenschaftlichen Beirat begleitet. Zudem habe er bereits in der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) eine Initiative zur Gründung eines "Bürgerrats Klima" beraten, und habe diese in eine sehr professionelle Bahn gelenkt.

Er sei erfreut, das Thema "Bürgerrat Klima" für die Stadt bearbeiten und organisieren zu dürfen, so Herr Wipfler. Er berichtet im Sinne der angehängten Präsentation.

StRin Munk (90/GRÜNE) betont, die hohe Einwohneranzahl im Bürgerrat positiv zu begrüßen. Sie äußert ihren Dank für die entsprechende Initiative. Die Empfehlungen, die Erfahrungen sowie die Zielsetzung des nach Zufallsprinzip ausgewählten Gremiums

seien für den Gemeinderat sehr wertvoll. Bedauerlicherweise habe sich die Bildung des Bürgerrats verzögert. Ursprünglich sei zum jetzigen Zeitpunkt der Abschluss des Prozesses geplant gewesen. Das Herunterbrechen der Fragestellung bringe richtigerweise eine gewisse Brisanz mit sich. Der Aspekt Wärmeversorgung und Heizung betreffe die gesamte Bürgerschaft in der Stadt, und es stelle ein sehr zentrales Thema dar, wie die Wärmeversorgung treibhausgasneutral betrieben werden könne. Dies betreffe ebenso das Thema des öffentlichen Verkehrs und den Umgang mit öffentlichem Raum. Die genannten Aspekte seien die bedeutenden Schwerpunkte, die zu behandeln seien. Das Thema "Scope 3" in Bezug auf das eigene Handeln, den Konsum und die Ernährung solle als weitere Fragestellung in Betracht gezogen werden. Es stelle sich die Frage, ob die ausgewählten Personen eine abgeschlossene Auflistung erhielten, oder ob eine Offenheit für weitere Fragestellungen bestehe. Auf die Fragen von StRin Munk und StRin Schanbacher (SPD) nach der Öffentlichkeitsarbeit und dem aktuellen Stand in Bezug auf das Bürger*innen-Café betont Herr Wipfler, es seien weitere Bürger-Cafés geplant. Sobald entsprechende Empfehlungen vorlägen, sollten diese Bürger-Cafés ab Mai nächsten Jahres in den Stadtteilen stattfinden, um die Diskussionen in die Bevölkerung hineinzutragen. Ob es gelinge, noch vor dem Bürgerrat ein vorläufiges Bürger-Café durchzuführen, müsse die Verwaltung noch abklären. Zusätzlich zu den Bürger-Cafés solle eine groß angelegte Plakataktion durchgeführt werden. Hierzu sei die Verwaltung mit Multiplikatoren im Gespräch, welche den Bürgerrat in die Stadtgesellschaft hineintragen sollen. Ebenso bestünden sehr gute Erfahrungen mit Bürgerräten aus anderen Städten.

Seine Fraktion sei gegenüber dem Thema Bürger*innenrat sehr offen gewesen, so StR Kotz (CDU). Bei allen Bürgerbeteiligungen und Bürgerveranstaltungen stelle sich die Frage, wie der Querschnitt der Gesellschaft erhört und ihm eine Stimme verliehen werden könne. Es sei bekannt, dass gewisse Teile der Gesellschaft den Beteiligungen gegenüber affiner seien, da sie mehr Zeit oder ein größeres Interesse besäßen oder den Wunsch nach Veränderungen verspürten. Daher sei es wichtig, ein möglichst breites objektives Meinungsbild zu erreichen, was seine Fraktion bei dem "Bürgerrat Klima" sehr positiv bewerte. So blicke seine Fraktion mit Spannung auf den professionell und aufwendigen Prozess der Beteiligung. Er räumt ein, überrascht zu sein, dass sich der Beteiligungsprozess derart verzögert hat. Wie auch StRin Munk betont StR Kotz die Bedeutung einer Offenheit hinsichtlich der Fragestellungen. Der Bürgerrat stehe nicht dafür, lediglich den Gemeinderat zu beraten, sondern ebenso die gesamte Stadtgesellschaft. Über diese Plattform werde aufgrund ihrer Wichtigkeit sicher medial berichtet. In Bezug auf die von Herrn Wipfler dargestellten zwei Fragestellungen sei für ihn der erste Aspekt der Wärmeversorgung nachvollziehbar, so StR Kotz. Allerdings habe er sich als zweiten Aspekt das Thema der Stromversorgung vorstellen können, da diese eine deutlich größere Bedeutung hinsichtlich der Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 habe, als der lediglich 14 Prozent umfassende Anteil des Verkehrs. Die Fragestellungen in Bezug auf die Gestaltung des Straßenraums tangiere den städtebaulichen Bereich, wodurch eine deutliche Abgrenzung zwischen Klimaschutz und Stadtentwicklung nicht möglich sei. Bei dem Aspekt der Stromversorgung könne u. a. untersucht werden, ob die Erzeugung in einem Offshore-Windpark in der Nordsee oder in der LHS erfolgen könne.

StRin Schanbacher betont, sie begrüße die Besetzung der Personalstelle durch Herrn Wipfler, da durch seine Moderation kontroverse Fragestellungen beantwortet werden könnten. Alle von ihm genannten Kriterien seien wichtig und es gehe nicht lediglich darum, in welchem Bereich am meisten CO₂ eingespart werden könne, sondern dass für

die Beteiligten im "Bürgerrat Klima" ein Gestaltungsspielraum bestehe. Dieser sei in Bezug auf die kontroverse Diskussion über den Aspekt des Verkehrs sehr hoch. Daher könne ihre Fraktion die Fragestellung in Bezug auf den Verkehrsbereich sehr gut nachvollziehen. Allerdings werde nicht jedes Ergebnis des Bürgerrats auf Zustimmung der Fraktionen stoßen, wobei sich diese mit den Antworten des Bürgerrats abfinden müssten. Eine wichtige Fragestellung betreffe den Bereich der Wärme, da die Wärmewende einen zentralen Aspekt bei der Erreichung der Energiewende darstelle. Auf ihre Frage, ob die beiden Fragestellungen zur Wärmeversorgung und des Verkehrs im Bürgerrat diskutiert würden, oder ob die Entscheidung darüber in der Hand dieses Gremiums liege, betont Herr Wipfler, der bisherige Vorschlag sehe die Behandlung beider Fragestellungen vor. Andere Bürgerräte hätten versucht, sogar vier Themenbereiche zu bearbeiten und hätten diese daher sehr eilig behandeln müssen. Nach Auffassung von Herrn Wipfler seien zwei Fragestellungen hierzu besser geeignet. Die Festlegung der Fragestellungen durch den Gemeinderat im vornherein habe die größte Relevanz darauf, dass die Bürger*innen das Ziel der Beteiligung mitnähmen, und für die erste Sitzung könnten bereits geeignete Expertinnen und Experten und Stakeholder angesprochen werden. Allerdings seien die Bürgerräte Verfahren, bei denen die Teilnehmenden die Herrschaft über den Prozess innehätten. Falls in dem Bürgerrat mehrheitlich ein Thema mit den dazugehörigen Experten beschlossen werde, sei dies so vorgesehen und werde in einem Beteiligungskonzept aufgeführt, welches in der nächsten Woche vorgelegt werde.

StRin Schanbacher betont, in Bezug auf die angesprochene Offenheit bei den Fragestellungen sei es ihrer Fraktion wichtig, die Erwartung an den Bürgerrat deutlich zu formulieren. Der Bürgerrat biete eine große Chance, hinaus in die Gesellschaft zu wirken, und dies könne nur u. a. durch Bürger*innen-Cafés, Einladungen, Werbung, Kampagnen sowie mediale Begleitung gelingen.

Die Anstellung von Herrn Wipfler für den "Bürgerrat Klima" stelle die beste Wahl dar, so StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) dar. Die Fragestellung in Bezug auf das strittige Thema des Verkehrs stuft seine Fraktionsgemeinschaft als äußerst wichtig ein. Dies treffe ebenso auf den Aspekt der Wärme zu, wobei nicht jede Mieterin oder jeder Mieter eine Wärmepumpe installieren könne. Das Konsumverhalten stelle ein sehr schwieriges Thema dar, da hierauf nur geringe Einflussmöglichkeiten bestünden. Hinsichtlich des Bereichs der Windkraft lägen zwei Aspekte vor: Zum einen bestünden hierzu in der LHS lediglich wenige Standorte, des Weiteren stelle sich die Frage, in welchem Umkreis die Windkraft für die Stadt genutzt werden solle. Es solle eine geeignete Abwägung einerseits zwischen klaren Themenvorgaben, andererseits jedoch keiner allzu großen Einengung des Beirats erfolgen. Seine Fraktion sehe dem Bürgerrat mit positiver Erwartung entgegen.

StR Dr. Oechsner (FDP) stimmt StR Kotz in der Beziehung zu, dass auch er überrascht über die Verzögerung des Beteiligungsprozesses ist. Schließlich sei das Jahr 2035 als Ziel der Klimaneutralität der LHS festgelegt worden und jeder Tag zähle. Seiner Auffassung nach solle der Bürgerrat "die dicken Bretter bohren", wozu der Bereich Verkehr nicht zähle. Der Bürgerrat entspreche in seiner Zusammensetzung mit seinen 60 Mitgliedern der Größe des Gemeinderats. Wenn er sich vorstelle, so der Stadtrat, dass 60 Mitglieder über 48 Stunden hinweg über das Thema Verkehr diskutierten, sei der Ausgang spannend. StR Dr. Oechsner sieht die Gefahr, das eigentliche Ziel des Klimas und die Reduktion der CO₂-Emissionen aus dem Auge zu verlieren, da man sich in Themen wie Parkplätze und Straßensperrungen sowie Fußgängerzonen verliere. Schlussendlich

werde so zwar ein positives Konzept für Stadträume erstellt, allerdings kein Gramm CO₂ eingespart. Er appelliert, diesen Aspekt zu berücksichtigen. Vielmehr stehe die Energieerzeugung und das Thema Wärme im Vordergrund. Diejenigen Dinge, mit denen die größten Schritte in der CO₂-Einsparung im Konsens mit der Bevölkerung erzielt werden könnten, müssten ein Thema in dem Bürgerrat darstellen. Er hoffe, zu Beginn der Diskussion im Bürgerrat werde kommuniziert, dessen Ergebnisse seien eine Empfehlung an den Gemeinderat, der die Punkte erneut diskutieren und entscheiden werde. In Bezug auf die Bezirksbeiräte werde oftmals beispielsweise der Fehler begangen, dass der Gemeinderat schlussendlich anders entscheide als die Bezirksbeiräte.

Er hoffe, Herr Wipfler könne seine Aufgabe kraftvoll angehen und die Arbeit des Klimarates starten, so StR Ozasek (PULS). Seine Fraktion begrüße das Projekt außerordentlich, da im globalen Kontext die Weltklima-Agenda nicht in Fahrt komme, da vor allem die Politik gehemmt sei, gesellschaftliche Kontroversen auszuhalten. In der Stadt stelle das Stuttgarter Rechteck ein Beispiel hierfür dar: Jedes dieser Rechtecke werde in den Bezirksbeiräten zum Kulturkampf um Mobilität, wie zuletzt im Stuttgarter Osten, wo u. a. CDU und 90/GRÜNE ein Rechteck zerredet und eine umfangreiche Bürgerbeteiligung um ein einziges Rechteck gefordert hätten. Es gehöre dazu, Fahrabhängigkeiten zu brechen und Disruption zu betreiben. Die Politik habe Angst, abgewählt zu werden. Vor einigen Tagen habe das UN-Klima-Sekretariat die äußerst beunruhigende Meldung veröffentlicht, dass, - selbst, wenn die Verpflichtungen der Staaten eingehalten würden, die zwar vorlägen, aber nicht eingehalten würden -, lediglich das 2,5 Grad-Ziel global erreicht werden könne. Es bestehe der kritische Punkt, die Pariser Klimaziele höchstwahrscheinlich nicht erreichen zu können. Die Agenda müsse in ihrer Dimensionierung an Fahrt aufnehmen und in einer derartigen tiefgreifenden Veränderung wirken, wie es nicht vorstellbar sei. Daher sei es begrüßenswert, sich auf die großen Emissionspakete und die trägsten Sektoren zu fokussieren, in denen die stadtgesehlichen Kontroversen besonders groß seien. Die Transformation des Wärmesektors gestalte sich äußerst träge. Er appelliert an Herrn Wipfler, sich bei diesem Thema nicht in unbedeutenden Aspekten zu verlieren. Vielmehr müsse die Wärmeerzeugung - insbesondere die der Fernwärme - im Großen betrachtet werden. Im Klimarat solle über den Fuel-Switch der EnBW auf Erdgas diskutiert werden, was die Umrüstung der Stromerzeugung und der Fernwärme auf den fossilen Energieträger Fracking-Erdgas betreffe. Diese systemische Entscheidung, welche derzeit getroffen werde, führe zu langjährigen Abhängigkeiten. Diese Entscheidung der EnBW falle zwar nicht in den Wirkungskreis der LHS, sei jedoch aus stadtgesehlicher Sicht von enorm großer Bedeutung. Dieses Thema solle zwingend im Bürger*innenrat aufgegriffen werden. Im Bereich Verkehr sei es wichtig, dass die Straßenraumgestaltung aufgenommen worden sei. An Herrn Körner (S/OB) gewandt betont der Stadtrat, am Rande einer Sitzung sei mit ihm die Frage erörtert worden, welche Aktivitäten der Klimarat durchführen solle. Die Frage der Prozesse erachtet der Stadtrat als sehr wichtig. Es stelle sich hierbei die Frage, welche Kleinmaßnahmen stets diskutiert werden müssten, und an welcher Stelle der Verwaltung generell die Genehmigung erteilt werden könne, bestimmte Maßnahmen selber durchführen zu können. Dies betreffe beispielsweise die Einbringung von Straßenbäumen in den Stadtraum, die Herstellung von Baumbeeten, die Platzierung von Stuttgarter Rechtecken sowie die Kennzeichnung von Fahrrad-Parkierungsanlagen im öffentlichen Raum. Es müsse entschieden werden, wem hierzu die Genehmigung erteilt werde, und in diesem Zusammenhang bedürfe es schlanker Entscheidungsstrukturen. Der Bürger*innenrat solle entscheiden, für welche Bereiche die Verwaltung bevollmächtigt werden solle, um zeitaufwendige Prozesse zu vermeiden. In Bezug auf die Wind-Agenda müsse diskutiert werden, wo die Stadt und die SWS in Windparks investieren

sollten. Die Einrichtung von Windparks sei zwar zu begrüßen, allerdings stelle sich hierbei die Frage, ob dies in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in der Nordsee, in der Türkei oder in der Region Stuttgart im Tauschwald oder auf der Bernhardshöhe geschehen solle. Vor allem müsse über Windenergie auf der Gemarkung der LHS und an deren Rand diskutiert werden. Es sei wichtig, dass sich die Mitglieder*innen im Bürgerrat mit diesem Thema befassen sollten. Ebenso müsse der Klimarat Gerechtigkeitsfragen aufgreifen, da der individuelle Klimarucksack in der Stadtgesellschaft extrem ungleich verteilt sei. Die Belastungen durch die Stadttransformation müssten solidarisch und gerecht auf den Schultern verteilt werden, und hierbei könnten starke Schultern mehr tragen. Auch die städtische Förderung müsse diskutiert werden: Es stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob diese allen offenstehen solle, was in der Konsequenz bedeute, dass Menschen mit viel Besitz in der Stadt sehr stark in den Genuss dieser Programme kämen, oder ob die Programme zielgerichteter auf diejenigen ausgerichtet werden müssten, für die die Transformation, wie der Kauf einer neuen Heizung oder einer neuen Wärmepumpe, eine ökonomische Härte darstelle. Möglicherweise bedürfe es einer budgetneutralen Vorfinanzierung von Gebäudesanierungen für diejenigen Menschen, die sich diese nicht leisten könnten. Grundsätzlich begrüße seine Fraktion die Einrichtung des Klimarats und erwarte umfassende und geeignete Entscheidungen.

StR Zaiß (FW) betont, er entnehme allen Wortbeiträgen die Begriffe "wir müssen", "wir können" und "wir sollen". Ebenso seien die Formulierungen "wir müssen einsparen" und "wir müssen die Erzeugung entsprechend voranbringen" ausgeführt worden. Diese Aspekte seien zwar richtig, allerdings werde bislang über das gesamte Thema lediglich diskutiert und geschehen sei schlussendlich jedoch nicht sehr viel. Die Menschen würden die Situation am raschesten an ihrer finanziellen Lage spüren: Je teurer die Energie werde, desto größer werde der Anreiz, das Verhalten zu ändern. Es sollten in den Bereichen mit Maßnahmen begonnen werden, bei denen der Erfolg am größten sei: Dies betreffe die Bereiche Wärme und Strom. Über Themen wie Klimaschutz und das Pariser Abkommen werde bereits seit mehreren Jahren diskutiert, geschehen sei dennoch erst dann etwas, wenn die knappere finanzielle Lage spürbar werde. Dieses Verhalten werde sich auch in der Zukunft so darstellen. Der Konsum müsse möglichst eingeschränkt und der Wohlstand etwas zurückgefahren werden. Die Menschen müssten bereit sein, mit weniger zufrieden zu sein. Dies müsse auf diese Weise deutlich kommuniziert werden. Wer glaube, sein Verhalten wie bisher zu gestalten, werde dies an seiner finanziellen Lage spüren. Daher sei es positiv, dass der Klimarat geschaffen worden sei, da die Mitglieder sehr rasch reagieren könnten. Erst wenn spürbar werde, Veränderungen vornehmen zu müssen, würden Maßnahmen vorangehen. Daher müssten "harte Bretter gebohrt werden". Dazu wünscht der Stadtrat zum Ende seiner Ausführungen Herrn Wipfler viel Erfolg.

Der Anteil der fossilen Energien am Primärenergieverbrauch habe sich in den letzten zehn Jahren trotz Billionen Investitionen nicht deutlich reduziert, so StR Köhler (AfD). Dies sei für einige politische Parteien der Grund, enorme disruptive Änderungen zu fordern. Der Grundsatz "Jetzt muss das Reden aufhören und jetzt muss durchregiert werden" stelle eine leicht antidemokratische Tendenz dar. Seine Fraktion habe dem Klimarat von Beginn an kritisch gegenübergestanden, da dessen Angebote für alle Bevölkerungsschichten nicht niederschwellig genug seien. Aus Sicht seiner Fraktion wäre das niederschwelligste Angebot eine Volksbefragung, da kein Diskussionsforum nötig sei, welches nicht für jeden Teilnehmer aus verschiedenen Gründen geeignet sei. Es müsse darauf geachtet werden, dass ein Gremium wie der Klimarat nicht zu einem zusätzli-

chen Entscheidungshindernisgrund werde. Seiner Auffassung nach habe seine Fraktion der Einrichtung eines Klimarats im Gemeinderat nicht zugestimmt, so StR Köhler.

Herr Kohlmeyer begrüßt die offene Einstellung der Fraktionen gegenüber dem Bürgerat. Hinsichtlich der in mehreren Wortbeiträgen angesprochenen Themen Scope 3 und Ernährung betont er, im Zusammenhang mit diesem Aspekt werde im November eine Stelle in der Verwaltung geschaffen. In diesem Feld seien partizipative Methoden und Analysen geplant, sodass dieses Themenfeld ohnehin bearbeitet werde. Grundsätzlich könne sich der "Bürgerrat Klima" solcher Themen annehmen. Die Ausführungen von StR Kotz, der Anteil des Verkehrs an den CO₂-Emissionen betrage lediglich 14 Prozent, seien richtig, so Herr Kohlmeyer. Die Verwaltung habe stets betont, nicht in eine "Autodiskussion" fallen zu wollen, wenn CO₂ in einer großen Dimension eingespart werden solle. Es bestehe nicht lediglich die Klimakrise, die verhindert werden solle, sondern ebenso die bereits erlebte Klimakrise, die mit einem Hitzestress einhergehe, sowie mit der Prognose, Stuttgart werde zur heißesten Großstadt in Deutschland mit nahezu doppelt so vielen Hitzetagen als in den heißen vergangenen Jahren. Hierzu stelle sich die Frage, wie mit Fassaden, dem öffentlichen Raum und Flächen, die entweder kühlen oder sich aufheizen könnten, umgegangen werden solle. Insofern besitze die zweite Fragestellung weniger die Komponente eines "Für oder Wider das Auto", sondern den Aspekt, in welcher Art von Stadt und in welcher Form des öffentlichen Raums zukünftig gelebt werden solle. Hinsichtlich der von StR Ozasek erwähnten kontroversen Themen, bei denen es für die Politik schwierig werde, betont Herr Kohlmeyer, in einer Legende des "Venture Capital" (Wagniskapital) werde deutlich ausgesagt, es seien mehr Bürgerräte notwendig, um eine andere Beschleunigung und einen anderen Konsens zu finden. Das gesamte Thema werde sehr "marktnah" gesehen und besitze eine große Bedeutung. An StRin Schanbacher gewandt, betont Herr Kohlmeyer, schlussendlich sollten die Ergebnisse des Klimarats am meisten der gesamten Zivilgesellschaft nützen. Er mahne stets innerhalb seines Team, die entsprechenden Demut aufzubringen, im Sinne der Gesellschaft Lösungen zu finden, welche gesellschaftliche Akzeptanz fänden. Die Fragen zur Windkraft oder zur Photovoltaik stellten sehr ortsgebundene Themen dar. Daher sei aufgrund der Breite der Stadt Stuttgart die Betroffenheit einzelner Personen relativ gering. Eine Offenheit gegenüber den beiden Aspekten sei zwar vorhanden, allerdings würden hinsichtlich der jeweiligen Standorte für Windkraftanlagen eine gezielte Beteiligung hierzu durchgeführt. Nach Auffassung von Herrn Kohlmeyer seien Förderprogramme nicht einfach dafür da, Gelder auszubezahlen, sondern sie seien deshalb notwendig, da keine verursachergerechten Preise vorlägen. Fossile Energien und Klimaschutzaktivitäten besäßen keinen verursachergerechten Preis, da viele Benefits nicht enthalten seien. Daher sollten mit Förderprogrammen dies kompensieren und dadurch verursachergerechte Preise erzielt werden. Sowohl für arme als auch für bedürftige Menschen sollte am Ende genau der Punkt überschritten werden, die richtige investive Maßnahme bzw. Nutzerentscheidung treffen zu können. Insofern stehe bei Förderprogrammen weniger das Gerechtigkeitsthema im Vordergrund, sondern die Zielrichtung der Kompensation von Verwerfungen.

Bei der Frage, so StR Kotz, für wen der Nutzen des Bürgerrats schlussendlich am größten sei, sei hierbei die Verantwortung des Bürgerrats sehr groß. Es müsse glaubhaft vermittelt werden, dass eine völlig objektive Beratung des Bürgerrats stattgefunden habe, und dass die Expertinnen und Experten ebenso völlig objektiv ausgewählt worden seien. Lediglich auf diese Weise könne eine Akzeptanz und Umsetzung der Ergebnisse des Bürgerrats erfolgen. Falls jedoch der Eindruck entstehe, je nach Referent oder Referentin in der Lernphase habe ein bestimmtes Ergebnis erzielt werden sollen, werde es

problematisch und der Wert des gesamten Prozesses verpuffe. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Kohlmeyer zur zweiten Fragestellung trafen auf seine volle Zustimmung, so der Stadtrat. Hierbei seien u. a. die Begriffe der grünen und blauen Infrastruktur erwähnt worden. Diese Aussagen stünden jedoch in keinem Zusammenhang mit den Inhalten der Präsentation. Hier seien in der zweiten Fragestellung gleich zu Beginn die Begriffe Verkehr und Straßenraum aufgeführt. Allerdings würden grüne und blaue Infrastruktur an allen Orten der Stadt, und nicht lediglich im Straßenraum, durchgeführt. In einem Unterpunkt der Präsentation seien zudem die Begriffe Parken, Radwege, Car-sharing sowie Parkgebühren aufgeführt. Aufgrund der Ausführungen von Herrn Kohlmeyer müsse dagegen lediglich die Fragestellung der Präsentation entsprechend umformuliert werden, damit dies auf Zustimmung seiner Fraktion treffe, so StR Kotz.

In den Wortbeiträgen seien zusätzliche zahlreiche Fragen geäußert worden, so StRin Schanbacher. Diese müssten in dem Konzept berücksichtigt werden, da klar sein müsse, was schlussendlich als Ergebnis erreicht werden solle. Ebenso müsste die Aufgabe des Gemeinderats festgelegt werden, da der Klima-Bürgerrat nicht den Gemeinderat von seiner Aufgabe entbinde, strittige Diskussionen in die Gesellschaft zu führen (z. B. Fuel-Switch der EnBW). Daher solle das Ergebnis des Klimarats ernsthaft diskutiert und umgesetzt werden. Die Aspekte des Fuel-Switches und der Wärmenetze seien Aufgabe der EnBW bzw. der SWS. Diese Aufgaben könne der Bürgerrat nicht stemmen. Vielmehr solle der Bürgerrat den Gemeinderat bei kontroversen Themen unterstützen, bei denen Beratungsbedarf bestehe. Ziel solle eine allgemeine Akzeptanz in der Gesellschaft sein, und das Thema Gerechtigkeit sei ebenso wichtig. Da der Aspekt des Verkehrs derart kontrovers diskutiert werde, bestehe konkret an dieser Stelle Beratungsbedarf für den Bürgerrat. Beide Fragestellungen sollten aufgenommen werden, da sie sehr wichtig die CO₂-Reduktion in der LHS seien.

Herr Körner betont, seiner Auffassung nach bestehe ein breiter Konsens, das Thema Wärme weiterzuverfolgen. Dagegen sei der Aspekt Verkehr unterschiedlich bewertet worden und die Verwaltung habe die Aufgabe, hierzu den Fokus zu schärfen. Bezogen auf das Thema Strom und Wind könne der Bürgerrat nicht mit einer Fragestellung konfrontiert werden, die im Grunde mit der Strategieentscheidung der SWS im Herbst entschieden sei. Hierbei könne lediglich geprüft werden, ob noch offene Fragen bestünden, die der Bürgerrat behandeln solle. Das Thema Scope 3 verfolge die Verwaltung nicht weiter. Mit diesen Rückmeldungen gehe die Verwaltung nun an die konkrete Ausarbeitung der Vorlagen, die der Gemeinderat erhalten und entscheiden solle. Wie von Herrn Wipfler ausgeführt, entscheide der Bürgerrat nicht über eine geschlossene Liste, sondern könne selber darüber entscheiden.

Hinsichtlich des Unterschriftenblatts sei in Bezug auf den Bürgerrat als Überschrift aufgeführt worden, so StRin Munk, dass konkrete Lösungsvorschläge zur klimagerechten Stadtentwicklung thematisiert werden sollten. Daher sei die Fragestellung zum Thema Verkehr dieser Formulierung äußerst entsprechend. Sie sehe keinen Bedarf, eine andere Formulierung zu suchen. Die kontroverse Diskussion über diesen Aspekt zeige die Notwendigkeit dieser Debatte auf. Die Stadträtin plädiert eindringlich dafür, die Fragestellung in dieser Form zu belassen. Durch den Aspekt der Stadtentwicklung sei die Vorlage breiter angelegt, als lediglich bei den Themen Wärme und Strom. Das Ziel des Bürgerrats dürfe nicht eingeschränkt werden. Zudem gehe es um das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Falls aus dem per Zufall ausgewählten Gremium eine andere Fragestellung aufgeworfen werde, könne diese aufgenommen werden. StRin Munk

äußert die dringende Bitte, diesen Aspekt der Offenheit eingangs in dieser Form zu kommunizieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand